

Im deutschen Recht gibt es bislang kein eigenes Gesetz zur Regelung der Energiespeicherung. Stattdessen ergibt sich der heutige Rechtsrahmen für Energiespeicher aus den allgemeinen energiewirtschaftsrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Regelungen und spezifischen Einzelregelungen, die für bestimmte Fragen der Speicherung geschaffen worden sind.

Die in der Einleitung dargestellten Begriffe „Energiespeicher“ und „Stromspeicher“ werden im Energiewirtschaftsrecht nicht bzw. nicht durchgehend so verwendet. Speicher werden stattdessen unter unterschiedlichen Begrifflichkeiten erfasst, und es muss in dem jeweiligen Regelungszusammenhang überlegt werden, ob eine bestimmte Speichertechnologie in ihrer konkreten Funktionsweise hiervon umfasst ist. Dies ist oft von großer Bedeutung, damit eine für den Speicherbetrieb angedachte Rechtsfolge – beispielsweise die Befreiung von der Pflicht zur Zahlung von Netzentgelten für den Strombezug des Speichers – eingreift.

2.1 Rechtsgrundlagen

Für Energiespeicher sind zunächst die Regelungen des Energiewirtschaftsrechts für ihre Einordnung und Vermarktungsmöglichkeiten von großer Bedeutung. Hierzu zählen insbesondere das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 (EEG 2017) und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG). Die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Energiespeichers richtet sich hingegen nach den Vorschriften des öffentlichen Rechts. Je nach der verwandten Speichertechnologie, Leistung sowie Eigenschaften des Speichers können Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG),

des Baugesetzbuches (BauGB), der Bauordnungen der Länder, des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) Anwendung finden.

Neben den spezifischen energiewirtschaftlichen Regelungen spielen für die Ausgestaltung von Verträgen, die für Anschaffung, Errichtung und Betrieb der Speicher erforderlich sind, natürlich auch die allgemeinen zivilrechtlichen Regelungen unter anderem aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und dem Handelsgesetzbuch (HGB) eine wichtige Rolle. Zudem können auch Themenbereiche wie das Patentgesetz (PatentG) für Energiespeicher relevant sein.

2.2 Grundlegendes zur Einordnung von Speichern

In vielen Speichertechnologien findet eine Umwandlung von elektrischer Energie in einen „speicherbaren“ Energieträger statt. Wenn es sich um einen Stromspeicher handelt, wird die meist in einer anderen Energieform zwischengespeicherte Energie zu einem späteren Zeitpunkt wieder in elektrische Energie umgewandelt. Speicher können damit Funktionen eines Verbrauchs von Strom beim Vorgang der „Einspeicherung“ sowie der Erzeugung von Strom beim Vorgang der „Ausspeicherung“ aufweisen.

Diesen physikalischen Eigenschaften der Speicher folgend liegt es zunächst nahe, sie entsprechend der allgemeinen Begrifflichkeiten des Energiewirtschaftsrechts als „Letztverbraucher“ (§ 3 Nr. 25 EnWG, § 3 Nr. 33 EEG 2017) und – soweit auch eine erneute Erzeugung von Strom nach der Speicherung stattfindet – als „Erzeugungsanlagen“ (§ 3 Nr. 18c EnWG) einzustufen. Ob diese Einstufung zutrifft, ist je nach der verwendeten Speichertechnologie in ihrer konkreten Anwendung sowie nach dem Kontext der jeweiligen Norm zu untersuchen. Folgendes lässt sich grundlegend hierzu feststellen:

- **Speicher als Letztverbraucher.** Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in einer Entscheidung zu einem Pumpspeicherwerk angesichts des physikalischen Vorgangs des Verbrauchs von Strom in den Pumpen entschieden, dass die Entnahme von Strom für den Pumpvorgang in dem Pumpspeicherwerk als netzentgeltpflichtiger Letztverbrauch anzusehen ist.¹ Von dieser in weiteren Entscheidungen bekräftigten Rechtsprechung des BGH ist heute für die Praxis auszugehen, auch wenn die Einstufung von Speichern als Letztverbraucher

¹BGH (2010) Urteil vom 17.11.2009 – EnVR 56/08, NVwZ-RR 2010, S. 431.

in der Rechtswissenschaft durchaus umstritten ist.² Jedenfalls dann, wenn bei der Speicherung eine Umwandlung von Strom in eine andere Energieform stattfindet, dürfte dieser Vorgang von der Rechtsprechung derzeit als „Letztverbrauch“ eingestuft werden. Durch die Neuregelungen mit dem EEG 2017 wird zumindest für die EEG-Umlage auch vonseiten des Gesetzgebers ausklargestellt, dass es sich bei der Umwandlung von elektrischer Energie in eine andere Energieform in einem Stromspeicher um einen „Verbrauch“ von Strom handelt.³ Erst recht gilt diese Einstufung für Speichertechnologien, in denen Strom nicht zwischengespeichert, sondern einer anderen energetischen Nutzung zugeführt wird. Bei Power-to-Heat wird aus der erzeugten Wärme nicht wieder Strom erzeugt, sodass der Stromverbrauch der Power-to-Heat-Anlage als (netzentgeltspflichtiger) Letztverbrauch anzusehen ist.

- **Speicher als Erzeugungsanlagen.** Wenn Stromspeicher bei der Ausspeicherung aus der gespeicherten Energie wieder elektrische Energie gewinnen, könnte man die Stromspeicher mit einer ähnlichen auf die physikalischen Vorgänge abstellenden Begründung als „Erzeugungsanlagen“ behandeln. Mit den letzten Novellierungen von EnWG und EEG verwendet der Gesetzgeber allerdings zunehmend eigenständige Begrifflichkeiten für die Erfassung von Speichern, beispielsweise den Begriff der „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ an mehreren Stellen im EnWG. Da diese Begrifflichkeit oft in derselben Vorschrift wie der Begriff der „Erzeugungsanlage“ zu finden ist, muss zukünftig im Einzelfall untersucht werden, ob ein Speicher (auch) unter den Begriff der „Erzeugungsanlage“ fällt.⁴

2.3 Begriffe

Über die zuvor dargestellte Einordnung der Stromspeicher hinaus werden im Energiewirtschaftsrecht mehrere spezifische Begriffe für die Erfassung von Speichern verwendet. Auch bei diesen ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, welche Speichertechnologien in ihrer konkreten Funktion darunterfallen.

²Lietz EWeRK 2014, S. 96; Krebs RdE 2012, S. 19 (21).

³BT-Drs. 18/10668, S. 167.

⁴Für die Einstufung als Erzeugungsanlage Drerup und Bourwieg ER 2016, S. 197 ff.

Im EnWG werden folgende rechtliche Begriffe im Zusammenhang mit Energiespeichern verwendet:

- **Anlage zur Speicherung elektrischer Energie.** Nach der Novellierung mit dem Strommarktgesetz verwendet der Gesetzgeber nun in diversen Bestimmungen des EnWG den Begriff der „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ (z. B. § 1 Abs. 4 Nr. 3, § 1a Abs. 3, § 13a Abs. 1, § 13b Abs. 1, § 17 Abs. 1, § 18 Abs. 1, § 19 Abs. 1 EnWG). In den Begriffsbestimmungen in § 3 EnWG wird dieser Begriff allerdings nicht definiert. Auch in der Übergangsregelung des § 118 Abs. 6 EnWG verwendet der Gesetzgeber den Begriff der „Anlage zur Speicherung elektrischer Energie“ und erfasst in dieser Norm im Wesentlichen Stromspeicher und Power-to-Gas-Einrichtungen, die unter bestimmten Bedingungen von den Netzentgelten für den Strombezug des Speichers für eine bestimmte Zeitdauer freigestellt werden (siehe unten 3.1).
- **Speicheranlage (Gasspeicher).** Im Gegensatz dazu meint der Begriff der „Speicheranlage“ in § 3 Nr. 31 EnWG eine einem Gasversorgungsunternehmen gehörende oder von ihm betriebene Anlage zur Speicherung von Gas. Vielleicht verwirrend, hat der Gesetzgeber bislang mit dem Begriff der „Speicheranlage“ daher nur Gasspeicher im Blick. Weiter ausgenommen wird nach der Definition der Teil der Anlage zur Speicherung von Gas, der für eine Gewinnungstätigkeit genutzt wird. Ausgenommen sind auch Einrichtungen, die ausschließlich Betreibern von Leitungsnetzen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorbehalten sind. Die Definition der Speicheranlage beschränkt sich damit im Wesentlichen auf den einer Marktteilnahme offenstehenden Teil eines Gasspeichers. Dies hat den Hintergrund, dass für Speicheranlagen in § 28 EnWG Vorgaben zum diskriminierungsfreien Zugang aufgestellt werden.
- **Energieanlage.** Anlagen zur Speicherung von Energie werden ebenso wie Anlagen zur Erzeugung von Energie als „Energieanlagen“ in § 3 Nr. 15 EnWG definiert. Auf diese Weise gelten die für andere Energieanlagen geltenden Vorschriften des EnWG auch für Anlagen zur Speicherung von Energie. Dies betrifft beispielsweise die Anforderung zum sicheren und zuverlässigen Betrieb der Energieanlagen nach § 49 EnWG. Energieanlagen – und damit auch Anlagen zur Speicherung von Energie – sind danach so zu errichten und zu betreiben, dass die technische Sicherheit gewährleistet ist. Hierbei sind insbesondere die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Diese rechtliche Einordnung der Energiespeicher schließt gleichwohl nicht aus, dass über die im Einzelfall von den Speichereinrichtungen einzuhaltenden technischen Vorgaben angesichts der Besonderheiten der Speicherung durchaus Klärungsbedarf bestehen kann (s. 4.1).

Im EEG 2017 werden folgende rechtliche Begriffe im Zusammenhang mit Energiespeichern verwendet:

- **Anlage.** Im EEG 2017 gelten auch Einrichtungen, die zwischengespeicherte Energie, die ausschließlich aus erneuerbaren Energien stammt, aufnehmen und in elektrische Energie umwandeln, als „Anlage“ im Sinne des Gesetzes, § 3 Nr. 1 Satz 2 EEG 2017. Speichereinrichtungen sind unter diesen Voraussetzungen – ähnlich wie eine Windenergieanlage oder eine Fotovoltaik-Anlage – als Anlage im Sinne des EEG einzustufen. In der Folge können die Vorschriften des EEG 2017 zum privilegierenden Netzanschluss und Netzzugang sowie zur Förderung von Strom auch für Speichereinrichtungen anwendbar sein. Zu der Frage, wie „grün“ der Speicher sein muss, um als Anlage im Sinne des EEG zu gelten, siehe unten [4.3.3](#).
- **Speichergas.** Mit dem Begriff „Speichergas“ in § 3 Nr. 42 EEG 2017 greift der Gesetzgeber Power-to-Gas als Stromspeicher auf. „Speichergas“ wird danach definiert als Gas, das keine erneuerbare Energie ist, aber zum Zweck der Zwischenspeicherung von Strom aus erneuerbaren Energien ausschließlich unter Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Das erzeugte Gas einer Power-to-Gas-Anlage wird von dieser Definition also nur dann erfasst, wenn der Bezugsstrom aus erneuerbaren Energien stammt. Dies hat den Hintergrund, dass bei einer Rückverstromung des Speichergases wiederum Förderansprüche nach dem EEG 2017 eingreifen können. Diese wollte der Gesetzgeber nur gewähren, wenn das Speichergas auch wirklich „grün“ ist, also aus erneuerbaren Energien stammt.
- **Stromspeicher.** Für die Befreiung von der EEG-Umlage bei der Speicherung von Strom ist außerdem die im Gesetz verwendete, aber nicht weiter definierte Begrifflichkeit des „Stromspeichers“ von Relevanz (§ 19 Abs. 3, § 61k EEG 2017). Unter bestimmten Voraussetzungen kann nach § 61k EEG 2017 für den Strombezug eines Stromspeichers eine Befreiung von der EEG-Umlage erfolgen (siehe unten [3.2](#)).

2.4 Speicher und Entflechtung (Unbundling)

Infolge der Liberalisierung der Energiemärkte sind die Tätigkeiten des Netzbetriebs von denen der Erzeugung sowie des Vertriebs von Strom zu unterscheiden. Gemäß den Vorgaben zur Entflechtung (Unbundling) ist die Unabhängigkeit der Netzbetreiber von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung – vor allem dem Energiehandel – zu gewährleisten. Das Energiewirtschaftsgesetz enthält detaillierte

Vorgaben zur rechtlichen, operationellen und buchhalterischen Entflechtung dieser Tätigkeitsbereiche.

Welchem dieser Bereiche sind nun die Speicher zuzuordnen? Für die Gasspeicher wurde bereits ausgeführt, dass die Definition der „Speicheranlage“ in § 3 Nr. 31 EnWG differenzierend im Blick hat, dass unter bestimmten Umständen auch der Betreiber des Leitungsnetzes als Betreiber des Gasspeichers in Betracht kommt. Allerdings ist die Zuordnung für den Gasspeicher gleichwohl nach der Lage im Einzelfall zu treffen.

Für die Stromspeicher fehlt es aber sogar an einer den Gasspeichern entsprechenden Vorschrift. Die Pumpspeicherkraftwerke wurden historisch dem Bereich Erzeugung und Vertrieb zugeordnet und finanzierten sich weitgehend über Arbitragegeschäfte am Strommarkt und an den Regelenenergiemärkten.

Im Zuge der Diskussion um den Einsatz von Stromspeichern zur Integration von Strom aus erneuerbaren Energien stellt sich aber die Frage neu, ob unter Umständen auch Netzbetreiber als Betreiber eines Stromspeichers in Betracht kommen. Wenn der Stromspeicher ausschließlich Funktionen für Zwecke des Netzbetriebs übernimmt, erscheint dies grundsätzlich möglich.⁵ Die Bundesnetzagentur stellt sich den Betrieb von Stromspeichern allerdings zuvorderst durch die Marktakteure vor und sieht allenfalls einen geringen Einsatzbereich für netzdienliche Speicher.⁶ Wenn ein Stromspeicher von Netzbetreibern eingesetzt wird, müsste jedenfalls weiter überlegt werden, wie Bezug und Entladung des Speichers organisiert werden.⁷

Die Diskussion um die Einordnung der Speicher ist keinesfalls abgeschlossen. Eine besondere regulierungsrechtliche Aufgabe wird darin liegen, die Rechtsvorschriften so offen auszugestalten bzw. zu handhaben, dass Speicher und andere Flexibilitätsinstrumente dort, wo dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, zeitabschnittsweise oder anteilig entweder dem Netz oder dem Markt ihren Einsatz anbieten können. Zu einem technologieoffenen Wettbewerb um die Flexibilitätsoptionen (dazu Abschn. 2.5) gehört, dass dabei die technischen Möglichkeiten aller Flexibilitätsoptionen für Netz oder Markt in dem von der Nachfrage bestimmten Umfang zur Geltung gebracht werden können.

⁵Weyer und Lietz ZNER 2014, S. 241 (243); Schwintowski EWeRK 2015, S. 81.

⁶Siehe ein Interview mit Vizepräsident Peter Franke in Energie & Management vom 01.03.2015 „Netzausbau ist grundsätzlich kostengünstiger“. Herr Franke führt aus, dass Netzbetreiber Speicher grundsätzlich als Netzbetriebsmittel führen könnten, in diesen Fällen jedoch nicht als Wiederverkäufer des eingespeicherten Stroms auftreten dürften.

⁷Siehe Drerup und Bourwieg ER 2016, S. 197 (201).

2.5 Speicher in Zielen und Grundsätzen des EnWG

Im Jahr 2015 hat sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ für eine Grundsatzentscheidung zur Weiterentwicklung des bestehenden Strommarkts zu einem „Strommarkt 2.0“ ausgesprochen.⁸ Das BMWi möchte die bestehenden Marktmechanismen stärken und spricht sich für eine wettbewerbliche Preisbildung aus. Das Weißbuch enthält auch für Speicher zentrale Aussagen zu ihrer zukünftigen Bedeutung: Der Netzausbau sei in der Regel die kosteneffizienteste Flexibilitätsoption. Nur in einigen wenigen Fällen könnten Speicher den Netzausbau auf der Niederspannungsebene ersetzen. Der Strommarkt 2.0 solle einen technologieoffenen Wettbewerb der Flexibilitätsoptionen eröffnen, zu denen auch die Stromspeicher gehören. Sehr viele Flexibilitätsoptionen seien bereits wirtschaftlich oder würden es bei veränderten Strompreisen, sodass sie keine gesonderte Förderung benötigten. Speicher würden sich voraussichtlich erst mittel- bis langfristig im Wettbewerb der Flexibilitätsoptionen durchsetzen können. Zu den im Weißbuch genannten Anwendungsfeldern für Speicher gehören Batteriespeicher in der Elektromobilität und die Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr („Power-to-X“), welche das Weißbuch besonders betont. Mit der Novellierung des EnWG durch das Strommarktgesetz in 2016 wurde die Rolle der Speicher auch in den Zielbestimmungen des EnWG betont. Zu den Zielen des EnWG gehört nach § 1 Abs. 4 Nr. 3 EnWG, dass Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie neben Erzeugungsanlagen und Lasten insbesondere „möglichst umweltverträglich, netzverträglich, effizient und flexibel in dem Umfang eingesetzt werden, der erforderlich ist, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten“. Eine neue Bestimmung zu den Grundsätzen des Strommarktes enthält darüber hinaus Aussagen mit erheblicher Relevanz für die zukünftige Rolle der Speicher aus Sicht des Energiewirtschaftsrechts. So wird die besondere Bedeutung des Bilanzkreis- und Ausgleichsenergiesystems in § 1a Abs. 2 EnWG betont. In diesem Kontext können Speicher neben Erzeugungsanlagen und Lasten einen Beitrag zur Bilanzkreisbewirtschaftung leisten.

⁸Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Ein Strommarkt für die Energiewende, Ergebnispapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Weißbuch), Juli 2015.

Zudem gehört zu den Grundsätzen des Strommarktes nach § 1a Abs. 3 EnWG, dass auf eine Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage hingewirkt werden soll. Weiter heißt es:

Ein Wettbewerb zwischen effizienten und flexiblen Erzeugungsanlagen, Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie und Lasten, eine effiziente Kopplung des Wärme- und des Verkehrssektors mit dem Elektrizitätssektor sowie die Integration der Ladeinfrastruktur für Elektromobile in das Elektrizitätsversorgungssystem sollen die Kosten der Energieversorgung verringern, die Transformation zu einem umweltverträglichen, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgungssystem ermöglichen und die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Hier zeigt sich zum einen erneut, dass Speicher einen wichtigen Beitrag für die Flexibilisierung des Elektrizitätsversorgungssystems leisten können. Es zeigt sich zum anderen auch, dass Speicher hierbei nach der Vorstellung des Gesetzgebers in einem Wettbewerb zu Erzeugungsanlagen und Lasten sowie zu Möglichkeiten der Sektorkopplung stehen (sollen).

Rechtliche Rahmenbedingungen der Energiespeicher
und der Sektorkopplung

EnWG mit Strommarktgesetz, EEG 2017 und KWKG 2016

Thomas, H.

2017, X, 60 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17640-2